

Nein zur Rente mit 67 und allen weiteren Erhöhungen des Renteneintrittsalters!

Nachdem die Rente mit 67 noch nicht einmal voll wirksam geworden ist, kommen nun vermeintliche Expertenkommissionen um die Ecke und propagieren die Rente mit 68 oder gar mit 70. Die Argumente sind immer die gleichen. Und sie sind immer gleich falsch:

1. Wegen der Demografie sei eine Anhebung des Renteneintrittsalters unerlässlich.
2. Passiere dies nicht, sei die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft gefährdet.

Zu 1. Die Prognosen und Bevölkerungsvorausrechnungen zur demografischen Entwicklung haben sich in der Vergangenheit als Luftnummern erwiesen. Der zweite Weltkrieg war ebenso wenig eingepreist, wie der Pillenknick oder die Zuwanderung im Jahre 2015. Vor allem ist die Finanzierbarkeit der Alterssicherung nicht primär von der demografischen Entwicklung, sondern von der Produktivitätsentwicklung abhängig.

Zu 2. Exportüberschüsse und die Exportentwicklung lassen keinen Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Industrie.

Tatsächlich werden beide „Argumente“ nur vorgeschoben. Es geht um anderes: Zum einen um die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge als Teil der Arbeitskosten, um die Arbeitgeber zu entlasten. Zum anderen um die Förderung der privaten Versicherungswirtschaft. Diese versucht, in die Lücken zu springen, die in die Gesetzliche Rentenversicherung gerissen wurden.

Für die IG Metall ist es unerlässlich hiergegen zu mobilisieren:

Zum einen aus verteilungspolitischen Gründen: Weder die Armutsvermeidung noch die Lebensstandardsicherung ist aktuell mittels der gesetzlichen Rente gewährleistet.

Zum anderen aus ordnungspolitischen Gründen: Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung hat sich (trotz der politisch motivierten Kürzungen) als antikapitalistisches Bollwerk im Shareholder-Kapitalismus erwiesen und muss verteidigt bzw. ausgebaut werden. Unsere Alternativen, die eine Senkung des Renteneintrittsalters und eine Erhöhung des Rentenniveaus zu ermöglichen, liegen klar auf der Hand:

- Erwerbstätigenversicherung (alle zahlen ein)
- Moderate Anhebung der Beitragssätze
- Anhebung des Bundeszuschusses
- Entlastung von sogenannten versicherungsfremden Leistungen

Da im höchsten Maße Kapitalinteressen betroffen sind, werden grundlegende Veränderungen nur in breiten Bündnissen auf der Basis von Massenbewegungen realisierbar sein. Die Alterssicherung muss Gegenstand unserer Aktivitäten im Rahmen unserer Fairwandel-Kampagne sein. Hierzu brauchen wir weitgehende Aktivitäten vor und nach der Bundestagswahl.